

Bericht an die Petenten der „Bürgerinitiative Mobilfunk in Kleinmachnow“ und die Bürger Kleinmachnows aus dem Kleinmachnower Umweltausschuss

Der Vorsitzende des Umweltausschusses hat bei Aufruf der „Drucksache 127/07 – Standortkonzept für Mobilfunkanlagen in Kleinmachnow“ dargelegt, wie wichtig die Gesundheit der Menschen in reinen / allgemeinen Wohngebieten und die Gefährlichkeit der bis heute noch nicht erforschten Hochfrequenz- / Mobilfunkanwendungen ist. Er selber habe größte Sorgen, da Kinder auf dem Seeberg in die Grundschule gehen und die dortige Anlage den Standortkriterien der Gemeinde nicht entspreche.

In seiner Arbeitsstelle - einem wissenschaftlich anerkannten Institut - hätte er sich für Betreiber-unabhängige Forschung auf dem Gebiet der Hochfrequenztechnik eingesetzt und dazu Drittmittel für das Forschungsprogramm **"Hoch- und niederfrequenzfreie Zone am Beispiel der Gemeinde Kleinmachnow Ortsteil Dreilinden"** unter Federführung der Fraunhofer Forschungsgesellschaft einwerben können.

Die Ergebnisse dieses Forschungsprogramms wären von höchster EU-weiter Priorität und deshalb könne einem Standortkonzept für Mobilfunkantennen - hier nur der Bestand in Kleinmachnow - seinerseits nur zugestimmt werden, wenn alle Betreiber sich verpflichten würden, ihre Anlagen auf den in Salzburg festgelegten Immissionsgrenzwert von 1 Milliwatt/m² zu reduzieren.

Die anwesende CDU-Gemeindevertreterin, bekannt durch Ihre große Einflussnahme auf die CDU-Fraktion, pflichtete dem Vorsitzenden bei und wies darauf hin, dass eine Sensibilisierung der Bevölkerung bestünde, denn immerhin habe jeder 5. Kleinmachnower die Petition gegen weitere Mobilfunkantennen unterschrieben.

Wichtige und sehr gute Aufklärungsarbeit wäre durch die Bürgerinitiative Mobilfunk in Kleinmachnow für alle Bürger in Kleinmachnow geleistet worden.

Der ehemalige Vorsitzende, bekannt auch durch seine Tätigkeit in einem Umweltministerium und in der lokalen Agenda, betonte, dass die Nachhaltigkeit der Standortwahl für die nächsten 30 Jahre durch wissenschaftliche Feldversuche bisher durch den für die Mobilfunkindustrie aktiven Sachverständigen keineswegs nachvollziehbar wäre. Die zwingende Notwendigkeit einer Nutzung von weiteren Hochfrequenzanlagen solle erst untersucht werden.

Auch der musikalische Vertreter der CDU stellte fest, dass er einer solchen Vorlage nicht zustimmen könne, da die hier von der Gemeinde jetzt ausgewiesenen neuen Standortvarianten (z.B. Alten- und Pflegeheim Augustinum) erst einer wissenschaftlichen Machbarkeitsstudie bedürfen. Danach müsse eine umfassende Diskussion der Verträglichkeit mit dem Alten- und Pflegeheim sowie seinem persönlichen Freund, einem ehemaligen Landesvorsitzenden, beraten werden.

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass die Sitzung so nicht verlaufen ist und ich nur einen möglichen Traum dargelegt habe!!!

Am stärksten strahlt der Telekom-Turm auf dem Seeberg. Keiner der Gemeindevertreter war seit der Errichtung des Bannwaldmastes in 2004 bis heute bereit, sich öffentlich zur Problematik an dem mit dem Konzept der Gemeinde ausgewiesenen Standort des Mobilfunkmast auf dem Seeberg mit seinen vielen sensiblen Einrichtungen – 2 Kindergärten und 3 Schulen mit Ganztagsbetreuung, zukünftig mehr als 1500 Schüler - zu äußern. Weder im Seeberg- noch im Umweltausschuss.

Der Sendemast mit den derzeit meisten Antennen und damit stärksten Emissionen in unmittelbarer Nachbarschaft zu diversen Schulen ist für diese Gemeindevertretung kein Thema!

Auch nicht, dass es im Rahmen der Baumaßnahme „Grundschule Seeberg“ zumindest in den Schulräumen Möglichkeiten zur baulichen Abschirmung gegen die Hochfrequenzstrahlung des Telekom-Turms gegeben hätte, die trotz Kenntnis der Möglichkeiten in der zuständigen Bauverwaltung, bisher nicht diskutiert und nicht vorgesehen sind.

Mobilfunk kann man nicht sehen. Die Befürworter im Ausschuss waren wohl deshalb in den Argumenten für die neue schöne Mobilfunkwelt und damit für die Masten.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses zeigten sich als Spezialisten auf dem Gebiet der Nieder- und Hochfrequenz. Ihre Äußerungen entsprechen den Argumentationen der Mobilfunkindustrie.

Eine einstimmige Zustimmung aller 5 Gemeindevertreter für das von der Mobilfunkindustrie erwünschte Standortkonzept und damit für die Errichtung von 3 neuen Mobilfunksendeanlagen in Kleinmachnow war daher zwangsläufig das Ergebnis der Beratung.

Die von 1000 Bürgern unterschriebene Petition ist für die Gemeindevertreter in Kleinmachnow kein Hinweis auf eine zwingend nötige Kurskorrektur.

Peter Weis, Kleinmachnow